



**Die Gewerkschaft.  
Le Syndicat.  
Il Sindacato.**

Rede 1. Mai 2015, Olten und Biel (Version Biel)  
**Lena Frank, Nationale Jugendsekretärin der Gewerkschaft Unia**

(Es gilt das gesprochene Wort, Sperrfrist: 13:30 Uhr, 01.05.2015)

## **Rot sehen statt schwarz malen**

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Einschränkung, Nachlassen, Verlust, Kürzung, Demontage, Abschaffung, Rationierung, Zerlegung. Alles Synonyme für Abbau. Denn so müssen wir die Politik, die in den vergangenen Jahren unsere Parlamente, unsere Köpfe und unsere Gesellschaft eingenommen hat, benennen. Es wird gekürzt und abgebaut, wo nur möglich. Angestrebt wird die totale Zerstörung des Service Public. Sparen und Privatisieren ist das Mantra der Bürgerlichen. Denn sie übernehmen Verantwortung, so sagen sie. Doch Verantwortung für wen? Für Reiche, Gutverdienende und Unternehmen. In einem Land, in dem es 10-mal mehr Einkommensmillionäre gibt als noch vor ein paar Jahren, soll es kein Geld geben für Strassenreinigung, Bildung, zuverlässige Abfallentsorgung, öffentlichen Verkehr, gute Betreuung in Spitälern oder öffentliche Toiletten? Wir sagen nein! Das Geld ist da, bieten wir den Casino-Kapitalisten Einhalt, hören wir auf, die Faust im Sack zu machen und setzen wir uns zur Wehr!

Für eine offene, solidarische Schweiz statt Ausgrenzung und Angstmacherei.

Für soziale Gerechtigkeit anstatt Umverteilung gegen oben.

Für gute Löhne und Renten, für faire Arbeitsbedingungen, für Chancengleichheit und eine gute Ausbildung.

Die öffentlichen Dienstleistungen sichern Arbeitsplätze, garantieren Rechtssicherheit und ein Leben in Würde. Das ist ein Grundpfeiler unserer Demokratie. Genau die Politikerinnen und Politiker, die die Demokratie für sich pachten wollen, greifen diese aber direkt an. Damit schneiden sie sich jedoch ins eigene Fleisch, denn auch die Unternehmen brauchen gute Infrastrukturen, Sicherheit, Rechtssicherheit und gute Sozialversicherungen. Zu diesen Politprofiteuren im Auftrag des Eigeninteresses gesellt sich, nach dem fatalen Entscheid der Schweizerischen Nationalbank, eine lange Reihe von Firmen, denen es glänzend geht. Sie wittern nun ebenfalls Morgenluft. Sie wollen die Löhne drücken oder die Arbeitszeiten erhöhen. Dabei predigen sie etwas von solidarischen Opfern. Doch solidarisch mit wem? Mit den Aktionären, damit diese gleich viel oder noch mehr erhalten wie vorher. Und die Arbeiterinnen und Arbeiter sollen dafür bezahlen? Nein!

Liebe Kolleginnen und Kollegen. Es ist nicht zu spät! Im Kanton Aargau und in Schaffhausen hat die Bevölkerung Sparprogramme abgelehnt. In Schwyz wurde eine Steuererhöhung angenommen. Stellen wir uns auf internationaler, nationaler, kantonaler und kommunaler Ebene gegen den Abbau! Denn das Problem ist all umfassend. Verblendet vom internationalen Steuerwettbewerb zugunsten von Reichen, Gross- und Grösstunternehmen und Banken betreiben Bundesrat und Parlament eine völlig verfehlte Finanzpolitik. Unternehmenssteuerreformen werden blind durchgewinkt, die Kosten

dafür werden vom Bund an die Kantone, von den Kantonen an die Gemeinden und von den Gemeinden an die Bürgerinnen und Bürger abgewälzt. Geblendet von der Idee, sogenannte gute Steuerzahler anzulocken, wird die Grundlage für eine lebenswerte, lebendige Stadt zerstört. Denn wenn im Gegenzug bei der Bildung, der Arbeitsintegration oder der Kultur abgebaut wird, kann das nicht nachhaltig sein. Nur nachhaltig schädlich. Besonders in einer Stadt wie Biel, wo das Steuerniveau vergleichsweise tief ist, ist das Herunterfahren der Leistungen ein Hohn. Ich, ich will in einer Stadt leben, die vielfältig ist. Die für ihre Bürgerinnen und Bürger da ist, wenn es einmal schwierig wird. Die eine Vorbildrolle einnimmt und sich dem Sparwahn entgegenstellt. Und ich weiss, dass das nicht allein mein Bedürfnis ist.

Vor dem Stadtratssaal in Biel haben sich 500 Leute eingefunden und sich gemeinsam gegen das Abbaupaket gewehrt. Eine Bewegung, die nicht aus einzelnen Akteuren besteht, nein! Von Chessu bis Tierschutzverein waren alle da. In Rekordschnelle wurden Petitionen gesammelt, es wurden Briefe verschickt. Und die SVP wagt es, dies als Arroganz zu bezeichnen? Wie könnte jemand in Anbetracht der Schliessung seiner Institution oder der Streichung seines Jobs arrogant sein? Die Zitrone soll bis zum letzten Tropfen ausgepresst werden. Doch wäre es nicht logischer stattdessen einen Zitronenbaum zu pflanzen?

Noch sind es einzelne Bewegungen, doch ich glaube fest daran, dass wir gemeinsam diese neoliberale Ego-Politik beseitigen werden. Ihr alle hier macht den ersten Schritt dazu, ihr seid hier, ihr interessiert euch, ihr engagiert euch und ihr wehrt euch! Doch das reicht nicht. Sorgen wir dafür, dass auch der Nachbar, die Tochter und die Arbeitskollegen einstehen für soziale Gerechtigkeit anstatt Umverteilung gegen oben. Für eine offene, solidarische Schweiz statt Ausgrenzung und Angstmacherei. Für gute Löhne und Renten, für faire Arbeitsbedingungen, für Chancengleichheit und eine gute Ausbildung.

Je mehr die Wirtschaft sich selbst überlassen wird, desto mehr leiden die Arbeiterinnen und Arbeiter, vor allem aber die Jungen. Schulabgängerinnen und -Abgänger werden zunehmend prekariert. Bereits bei der Bewerbung um eine Lehrstelle greifen der Wettbewerb und der Leistungsdruck. In sogenannten Vorlehrpraktika werden angehende Lernende gemeinsam im Betrieb getestet. Vordergründig um die Lehrabbruchquote zu verringern. Tönt logisch? Ist es nicht! Einigen von ihnen wird eine Lehrstelle in Aussicht gestellt, sofern sie sich gegen die Mitstreitenden behaupten können. Dies gelingt durch masslose Überstunden, das Übernehmen von unbeliebten, berufsfremden Aufgaben oder ewiges Einspringen. Andere verlieren komplett die Freude an ihrem gewählten Beruf. Ich habe viele Pflegepraktikantinnen erlebt, die mit dem festen Wunsch, eine Pflegeausbildung zu absolvieren, auf der Station angefangen haben. Doch sie wurden eingesetzt, um den Personalmangel aufzufangen. Die Begleitung war mangelhaft, gelernt haben sie vor allem sich durchzubeissen. Und dass die Pflege bestimmt kein Beruf für sie sei.

Dies zeigt die Abbaupolitik in ihrer ganzen «Pracht» und Reichweite. Wie sollen wir dem Fachkräftemangel entgegenwirken, wenn wir junge Berufsleute von Beginn an abschrecken? Es braucht klare Richtlinien und gesetzliche Grundlagen für Praktika. Es braucht enge Begleitung der ausbildenden Betriebe und der Lernenden, verbunden mit mehr Kontrollen. Es braucht eine flächendeckende Unterstellung der Lehrlinge und Praktikant/innen in den Gesamtarbeitsverträgen, denn heute ist bloss rund die Hälfte der Lernenden durch einen GAV geschützt. Es braucht anständige Löhne und ausreichend Zeit, um den Beruf zu lernen. Es braucht faire Bedingungen und attraktive Weiterbildungsmöglichkeiten nach der Ausbildung. Um das zu erreichen, sind wir auf die Solidarität zwischen den Generationen angewiesen. Denn alleine schaffen wir das nicht! Wir brauchen die Unterstützung der Erfahrenen, derjenigen, die eine andere, stärkere Position im

Betrieb haben als die Lernenden. Egal, wie alt, wie jung, aus welchem Land, welchen Geschlechts, aus welchem Beruf. Wir müssen zusammenhalten.

Der 1. Mai ist Symbol dafür. In diesem Jahr wird er zum 125. Mal begangen. Weihnachten und Ostern feiert nur die christlich inspirierte Welt, Karneval ebenfalls. Neujahr ist nicht überall am 1. Januar. Der einzig wirkliche weltumspannende Feiertag ist heute! Nutzen wir ihn und nehmen wir die Stärke und das Zusammengehörigkeitsgefühl während dem Rest des Jahres mit. Mit auf die Baustelle, mit in die Fabrik, mit ins Geschäft, mit in das Büro, mit ins Spital, mit auf die Strasse!

Für soziale Gerechtigkeit anstatt Umverteilung gegen oben. Für eine offene, solidarische Schweiz statt Ausgrenzung und Angstmacherei. Für gute Löhne und Renten, für faire Arbeitsbedingungen, für Chancengleichheit und eine gute Ausbildung.

Damit wir endlich rot sehen statt schwarz malen.